

**Die zyklische Entwicklung der
öffentlichen Bauinvestitionen
in Westdeutschland von 1960 bis 1994**

Dr. Stefan Kofner

Juni 1996

Nr.43

Abteilung: Konjunktur und Wachstum

Dr. Stefan Kofner

Telefon: 0345/7753-807

Diskussionspapiere stehen in der allgemeinen Verantwortung des jeweiligen Autors.
Die darin vertretenen Auffassungen stellen keine Meinungsäußerung des IWH dar.

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE

Hausanschrift: Delitzscher Straße 118, 06116 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 16 02 07, 06038 Halle (Saale)

Telefon: 03 45/7753-60

Telefax: 03 45/7753-820

Die zyklische Entwicklung der
öffentlichen Bauinvestitionen
in Westdeutschland von 1960 bis 1994¹

Gliederung

<i>I. Einführung</i>	4
<i>II. Konjunkturelle Verstetigung als Verantwortung der öffentlichen Hand</i>	4
<i>III. Öffentliche Bauinvestitionen im Konjunkturverlauf</i>	7
<i>IV. Ausgabenverhalten der föderalen Ebenen</i>	16
<i>V. Öffentliche Anlageinvestitionen nach Aufgabenbereichen</i>	19

¹ Dieses Papier basiert auf einem vor dem Ausschuß für Wirtschafts- und Finanzpolitik des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes in Bonn am 23.1.1996 gehaltenen Vortrag.

I. Einführung

Das Volumen der gesamtdeutschen Bauinvestitionen wird in diesem Jahr voraussichtlich erheblich schrumpfen. Wie schon oft in der Vergangenheit steht zu erwarten, daß die öffentlichen Bauinvestitionen auch diesmal den Abschwung im Bausektor wie auch in der Gesamtwirtschaft prozyklisch verstärken werden. Für Westdeutschland wird 1996 wiederum ein erheblicher Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen erwartet, während für Ostdeutschland nur eine Stagnation erreichbar erscheint.

Aus diesem Anlaß werden in diesem Beitrag die Erfahrungen mit der Entwicklung der Bauinvestitionen in früheren (westdeutschen) Konjunkturzyklen betrachtet. Es sollen Aussagen darüber gewonnen werden, in welchem Ausmaß sie sich prozyklisch verhalten und ob der öffentliche Bau einen größeren konjunkturellen Risikofaktor darstellt als der Wohnungsbau oder der gewerbliche Bau. Außerdem werden die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Investitionen nach föderalen Ebenen und Aufgabenbereichen zerlegt. Die Analyse soll der Vorbereitung von finanzpolitischen Handlungsempfehlungen für die Zukunft dienen.²

II. Konjunkturelle Verstetigung als Verantwortung der öffentlichen Hand

Ein **antizyklisches Gegensteuern** zu den im privaten Sektor angelegten konjunkturellen Schwankungen mit Hilfe der staatlichen Finanzpolitik wäre aus einer engen konjunkturpolitischen Perspektive zwar als wünschenswert anzusehen. Aus verschiedenen Gründen muß dennoch davon abgeraten werden, den Ansatz der sozialliberalen Koalition (antizyklische Haushaltsführung) wieder aufzunehmen. Die Kritik an dem keynesianischen antizyklischen Politikansatz soll hier nicht im einzelnen dargelegt werden. Der grundlegende Einwand der neuklassischen Makroökonomien, daß konjunkturpolitisch motivierte staatliche Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf wegen der rationalen Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte vorhersehbar und damit wirkungslos seien, wird allerdings nicht geteilt.³ Auch die Diskussion über die Abfolge von sog. 'lags' zwischen

² Alle Zahlenangaben in diesem Beitrag sind entweder unmittelbar aus der Bundesstatistik entnommen (VGR-Statistik, Statistik der Bruttoinvestitionen des Staates nach föderalen Ebenen sowie nach Aufgabenbereichen) oder aus dort gemachten Angaben errechnet worden.

³ Die entscheidende Schwäche der neuklassischen Theorie liegt darin, daß sie Konjunkturschwankungen nicht endogen erklären kann. Der Grund dafür sind die weltfremden Annahmen in den neuklassischen Modellen. Mit ihrer völligen Vernachlässigung von Preisstarrheiten beschreibt die neuklassische

dem Auftreten einer konjunkturellen Störung und der Wirksamkeit der konjunkturpolitischen Instrumente kann nach den Steuerungserfolgen der 70er Jahre nicht zu der Schlußfolgerung einer grundsätzlichen Ablehnung einer antizyklischen Stabilisierungspolitik führen. Gleiches gilt für die immer möglichen Diagnose- und Prognosefehler.

Für die konjunkturpolitische Rollenzuweisung an den staatlich beeinflussten Teil der Bauinvestitionen sind neben möglichen Konflikten mit **Allokationszielen** vor allem die **Rahmenbedingungen der Finanzverfassung** bedeutsam. Die Gemeinden wären mit der Aufgabe einer autonomen antizyklischen Konjunktursteuerung überfordert. Das stabilisierungspolitische Grundproblem liegt darin, daß die einzelne Gemeinde - im Gegensatz zum Bund - keinen Nutzen von einem eigenen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Verstetigung hat. Wegen des hohen Anteils der Gemeinden an den Gesamtausgaben für öffentliche Bauten (etwa 2/3 im langfristigen Mittel) wäre die Gefahr unerwünschter prozyklischer Wirkungen des Gesamtaggregats auch dann noch gegeben, wenn dem Bund eine antizyklische Steuerung gelänge (wie zeitweise in den 70er Jahren). Die Alternative verbindlicher Vorgaben für die Struktur der Gemeindehaushalte (bspw. verbindlicher Investitionspläne mit Sanktionen bei Nichteinhaltung) wäre jedoch aus verfassungspolitischer Sicht mit der Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden kaum vereinbar.

Eine antizyklische Variation der öffentlichen Investitionen mit durchschlagendem Effekt kann außerdem zu Konflikten mit Allokationszielen führen. Sie fordert von der Exekutive eine langfristige Planung und ggf. eine rasche Auftragsvergabe (Schubladenprojekte).

Die beiden genannten Probleme wären zwar mit größten Anstrengungen lösbar. Niedrigere Zielerreichungsgrade bei bestimmten anderen wirtschaftspolitischen Zielen müßten aber in Kauf genommen werden. Den Ausschlag für die Ablehnung einer antizyklischen Steuerung der öffentlichen Investitionen gibt das Argument, daß das Aggregat der öffentlichen Bauten mittlerweile kein Gewicht mehr hat, das solche Bemühungen rechtfertigen würde. Dennoch sollte wenigstens eine konjunkturelle Neutralität der staatlichen Investitionsausgaben gefordert werden. Mit einer Ausrichtung an der prognostizierten Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials könnte ein stetigeres Wachstum sowohl der Bauinvestitionen als auch des laufenden BIP erreicht werden.

Es gilt zu beachten, daß der Staat nicht nur in Hinblick auf die öffentlichen Bauten in der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung steht. Auch auf den Verlauf der Wohnungsbauinvestitionen nimmt er wesentlichen Einfluß. Nach den Erfahrungen aus vergange-

Makroökonomie eine ideale Wirtschaftsordnung die nicht Gegenstand der empirischen Konjunkturforschung sein kann.

nen Konjunkturzyklen sind auch diese als ein konjunktureller Risikofaktor anzusehen. Dies gilt um so mehr, weil ihr Anteil am BIP wesentlich höher ist als der der öffentlichen Bauten. Die Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hat der Staat selbst gewählt. Wegen der Preisregulierungen des Vergleichsmietensystems kann der Wohnungsmarkt nur mit eingeschränkter Flexibilität auf Nachfrageschocks reagieren. Als eine Art Behelfslösung betreibt der Staat daher eine Angebotssteuerung. Zu diesem Zweck variiert er in erster Linie die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten in Abhängigkeit vom prognostizierten Wohnungsbedarf. Dabei lassen sich die Institutionen nicht immer in die konjunkturpolitische Verantwortung nehmen. Dies hat die im vergangenen Jahr zur konjunkturellen Unzeit beschlossene Kürzung der Abschreibungsstaffel für den Mietwohnungsbau deutlich genug gezeigt.

Angesichts der ausgeprägten Konjunkturreagibilität der privaten Investitionen sollte der Staat eine Rolle als vertrauenswürdiger Investor anstreben. Er sollte nicht bei jeder konjunkturellen Delle die von ihm beeinflussten Investitionsausgaben überproportional zurückführen.

III. Öffentliche Bauinvestitionen im Konjunkturverlauf

In diesem Abschnitt soll das Verhalten der Bauinvestitionen im Konjunkturverlauf (mehrjährige BIP-Zyklen bzw. Juglar-Zyklen) betrachtet werden. Es sollen Aussagen darüber gewonnen werden, in welchem Ausmaß sie sich prozyklisch verhalten und welche Bausparten (Wohnungsbau, öffentlicher oder gewerblicher Bau) dafür ggf. in erster Linie verantwortlich sind. Der Beobachtungszeitraum (1960-94) wurde in vier Phasen eingeteilt. Die Phasen werden von langfristig wirksamen Verhaltensänderungen bzw. Änderungen in den Rahmenbedingungen der Finanzverfassung geprägt. In dieser Hinsicht ragt die Regierungszeit der sozialliberalen Koalition mit den Ansätzen zu einer bewußten Konjunktursteuerung heraus.

Tab.1: Korrelationskoeffizienten zwischen
BIP und öffentlichem Bau (jeweils Wachstumsraten gegen Vorquartal)

	Korrelations- koeffizient
Phase I (60/1 bis 67/4)	0,74
Phase II 68/1 bis 78/4)	0,22
Phase III (79/1 bis 89/4)	0,62
Phase IV (90/1 bis 94/4)	0,44
ges. Zeitraum	0,55

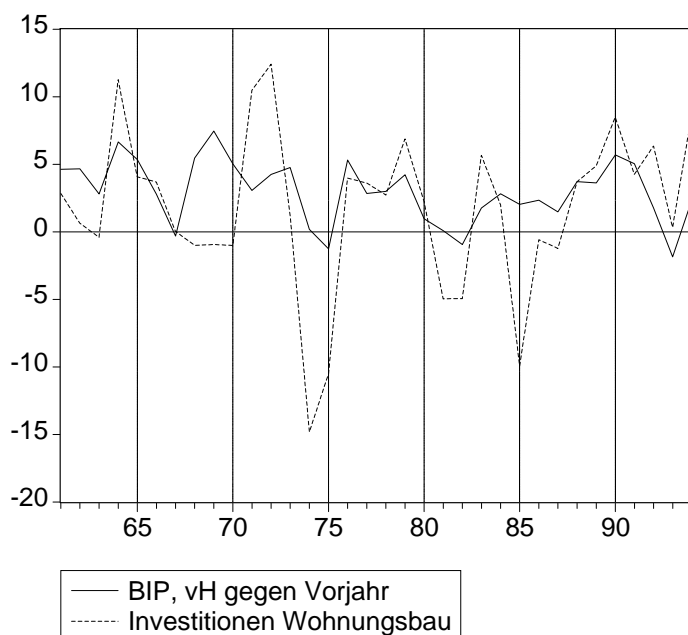
Die hier vorgenommene Phaseneinteilung erscheint aus empirischer Sicht berechtigt. Der Vergleich mit den entsprechenden BIP-Verläufen (arbeitstäglich und saisonal bereinigte Quartalsdaten) fällt in den einzelnen Phasen unterschiedlich aus. So kann der andere finanzpolitische Ansatz der sozialliberalen Koalition (Phase III) deutlich belegt werden. Die Wendepunkte für die Phaseneinteilung werden von der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, von der Aufgabe der aktiven Konjunktursteuerung in der Endphase der sozialliberalen Koalition sowie von der deutschen Einheit markiert.

Tab.2: Standardabweichungen (1) und Mittelwerte (2) der Verteilungen der jährlichen Zuwachsraten Bausparten in den vier Phasen

	Öffentl. Bauten		Wohnbauten		Gewerbliche Bauten		Sp.2+3		Bauten insges.		BIP	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Phase I (61-67)	10,9	8,1	4,0	3,2	8,0	-0,5	5,0	1,9	5,6	3,0	2,3	3,8
Phase II (68-78)	5,9	1,7	7,9	0,6	7,7	3,7	6,9	1,2	5,3	1,2	2,5	3,6
Phase III (79-89)	5,4	-1,6	5,2	0,3	2,6	2,4	4,1	1,1	3,9	0,6	1,6	2,0
Phase IV (90-94)	2,5	-1,3	3,5	5,6	5,0	-1,0	3,8	3,0	3,4	2,3	3,0	2,6
ges. Zeitraum	7,4	1,5	6,0	1,8	6,1	1,4	5,1	1,6	4,6	1,6	2,3	3,0

Um das prozyklische Risikopotential, das von den Bauinvestitionen ausgeht, einordnen zu können, bietet sich der Vergleich mit dem BIP-Aggregat an, das die stärksten prozyklischen Schwankungen aufweist, sprich mit den Ausrüstungsinvestitionen. Im gesamten Beobachtungszeitraum (1960-1994) schwanken die jährlichen Zuwachsraten der Ausrüstungsinvestitionen mit einer Standardabweichung von 7,9 stärker als die Bauinvestitionen (Standardabweichung von 4,6). Doch sind die gesamten Bauinvestitionen an den Tiefpunkten der konjunkturellen Entwicklung 1967, 1974/75 und 1981/82 den Ausrüstungen 'gefolgt' und zwar in allen drei Fällen mit einer fast gleich hohen negativen Veränderungsrate. Damit ist offenbar **bei konjunkturellen Abwärtsbewegungen** das prozyklische Risiko, das von den Bauinvestitionen ausgeht, um keinen Deut geringer zu veranschlagen. Günstiger fällt das Bild jedoch für die Boomphasen aus. Das euphorische Wachstum der Ausrüstungen 1969/70, 1976-1979 sowie 1989-1991 wurde von den Bauinvestitionen nur mit weit geringeren Ausschlägen mitvollzogen.

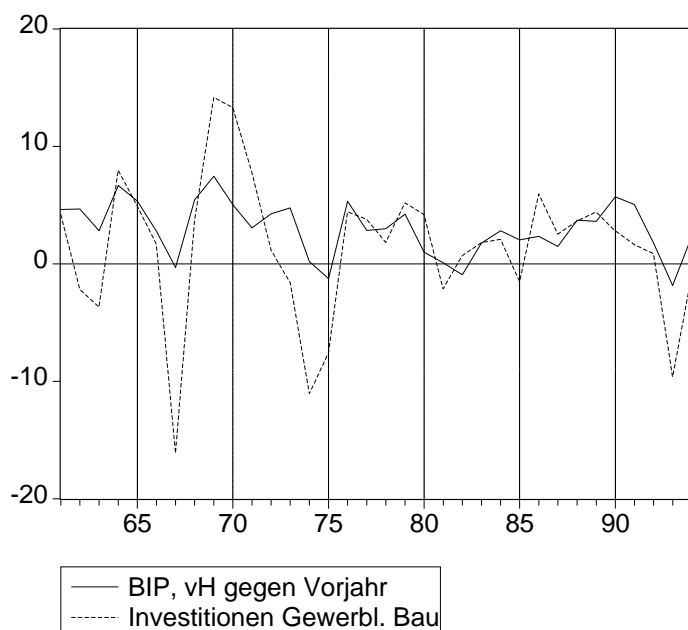
Abb.1: Zuwachsraten von BIP und Wohnungsbauinvestitionen gegen Vorjahr (1961-1994)



Wegen ihres hohen Anteils an den gesamten Bauinvestitionen prägen die Wohnungsbauinvestitionen die mehrjährigen Zyklen.⁴ Die Schwankungsbreite der jährlichen Veränderungsrate der Wohnbauten (Tab. 2) ist weit höher als die des BIP (Standardabweichung von 6,0 gegenüber 2,3). Doch ist eine stabile Beziehung zwischen den Veränderungsrate für den gesamten Zeitraum von 1960 bis 1994 statistisch nicht nachweisbar. Die Wohnungsbauinvestitionen weisen meistens gleichlaufende Zyklen im Verhältnis zum BIP auf, gelegentlich aber auch nachlaufende. Dennoch muß der Wohnungsbau zumindest als **prozyklischer Risikofaktor** angesehen werden: in den Jahren 1964, 1974/75 und 1981/82 haben die Veränderungsrate der Wohnungsbauinvestitionen die BIP-Ausschläge weit übertroffen.

⁴ Der Anteil der Wohnbauten am BIP ist von 10 vH im Jahre 1960 auf mittlerweile nur noch 6 vH beinahe stetig gefallen. Nur in Boomphasen der Wohnungsbauinvestitionen nahm der BIP-Anteil vorübergehend zu (etwa von 1971 bis 1973). In solchen Phasen können sich die Wohnungsbauinvestitionen ein Stück weit vom BIP als Bestimmungsgrund entkoppeln. Der von 1987 bis 1994 anhaltende Boom im Wohnungsbau hat den BIP-Anteil jedoch nur in kleinen Schritten erhöhen können.

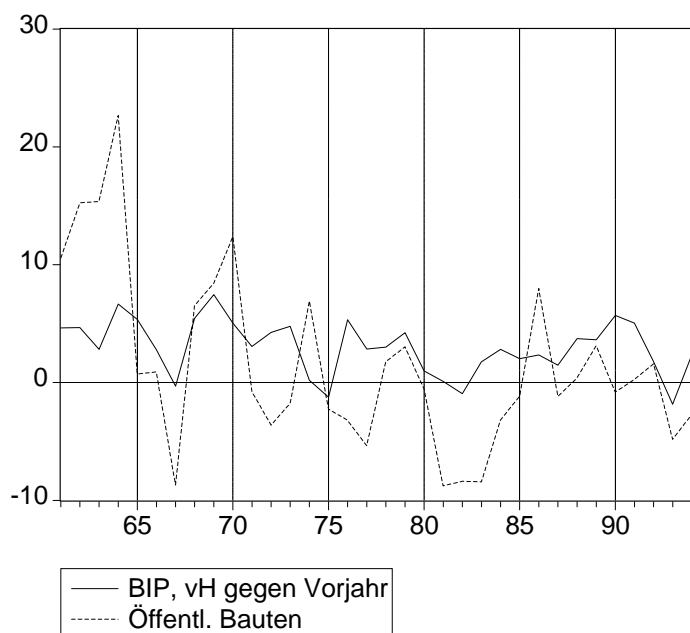
Abb.2: Zuwachsraten von BIP und gewerblichen Bauinvestitionen gegen Vorjahr (1961-1994)



Seit Beginn der 80er Jahre sind die Wohnbauten auch stärker prozyklisch als die gewerblichen Bauten verlaufen. Während die gewerblichen Bauinvestitionen die mehrjährigen BIP-Zyklen von 1960 bis 1975 heftig verstärkt haben, werden die BIP-Zyklen von ihnen seit 1976 nur noch mit etwa gleicher Amplitude nachvollzogen.⁵ Damit war ein konjunktureller Risikofaktor für lange Zeit ausgefallen, was auf die BIP-Entwicklung verstetigend gewirkt haben dürfte. Als Ausnahme muß freilich das Jahr 1993 gelten. In diesem Jahr hat der beträchtliche Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen die konjunkturelle Abwärtsbewegung verstärkt. Die Wohnungsbauinvestitionen haben sich dagegen als vergleichsweise konjunkturresistent erwiesen.

⁵ Die BIP-Quote der gewerblichen Bauten zeigt eine Überreaktion bei extremen Ausschlägen in der mehrjährigen BIP-Entwicklung, so etwa 1967 und 1968, wo ihr Anteil am BIP deutlich sank. Nachdem der Anteil 1975 unter 4 vH Anteil am BIP gefallen war, ist er für längere Zeit stetig auf diesem Niveau verblieben. Erst seit 1991 sinkt er tendenziell wieder.

Abb.3: Zuwachsraten von BIP und öffentlichen Bauinvestitionen gegen Vorjahr (1961-1994)



Am Ende der Boomphase der öffentlichen Bauten in den frühen 60er Jahren hatten sie einen Anteil von über 4,5 vH am BIP erreicht. Ihr Anteil an den gesamten Bauinvestitionen lag bei 23 vH (jeweils 1964).⁶ Von 1976 bis heute ist der BIP-Anteil der öffentlichen Bauten ohne größere Ausschläge stetig gefallen. Dieser Rückgang vollzog sich zunächst noch im Rahmen einer abnehmenden gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der gesamten Bauinvestitionen. Seit 1980 fiel auch der Anteil der öffentlichen Bauten an den gesamten Bauinvestitionen stetig. Zu einem beschleunigten Rückgang des Anteils am BIP kam es von 1980 bis 1985 (Haushaltskonsolidierung) und wieder seit 1990 (Belastung der Einnahmen der westdeutschen Gebietskörperschaften durch die deutsche Vereinigung). 1995 lag der BIP-Anteil der öffentlichen Bauinvestitionen nur noch bei 1,7 vH (Wohnungsbau: 6,2 vH, gewerblicher Bau: 3,1 vH); der Anteil an den gesamten Bauinvestitionen lag bei 15 vH.

Die Änderungsraten der öffentlichen Bauinvestitionen im gesamten Zeitraum 1960-1994 schwanken stärker als das BIP und als die privaten Bauinvestitionen (Tab. 2: Standardabweichungen von 7,4 gegenüber 2,3 und 5,1). Stärker geschwankt als das BIP haben die öffentlichen Bauten in den ersten drei Phasen (Abb. 3). Die Standardabwei-

⁶ Der Anteil der gesamten Bauinvestitionen am westdeutschen BIP lag seinerzeit bei 20 vH. Trotz des langen Aufschwungs im westdeutschen Wohnungsbau betrug er 1995 nur noch etwa 11 vH.

chung vom Phasenmittel lag jeweils deutlich höher als die des BIP. Konjunkturpolitisch sind die drei Phasen allerdings unterschiedlich zu beurteilen.

Abb.4: Zuwachsraten der Bausparten gegen Vorjahr im Vergleich (1961-1979)

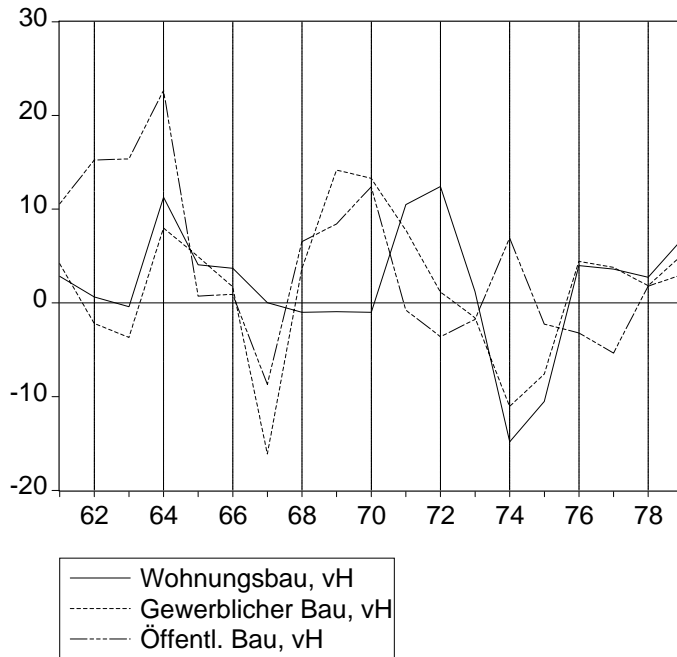


Abb.5: Zuwachsraten von BIP und öffentlichen Bauinvestitionen gegen Vorjahr (1961-1979)

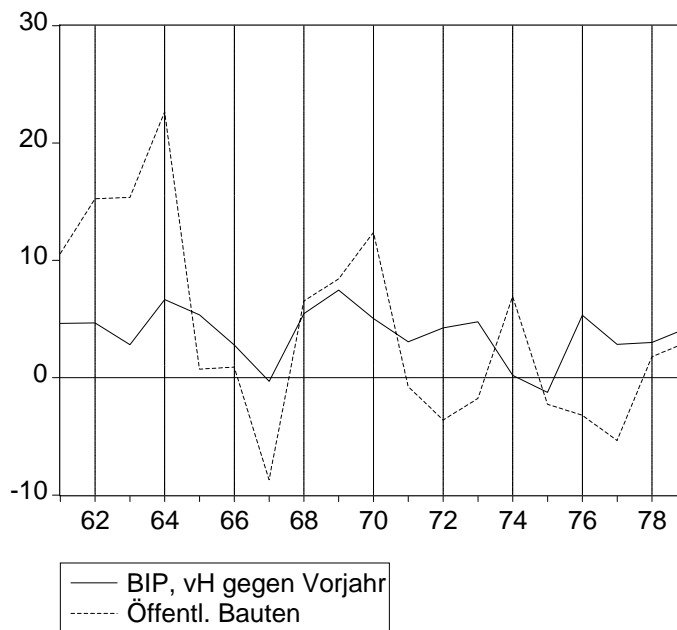


Abb.6: Zuwachsraten der Bausparten gegen Vorjahr
im Vergleich (1980-1994)

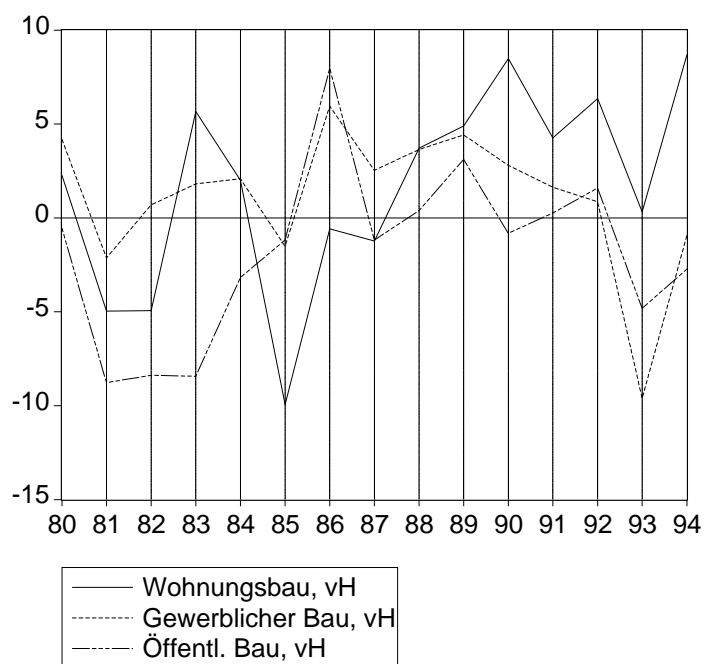
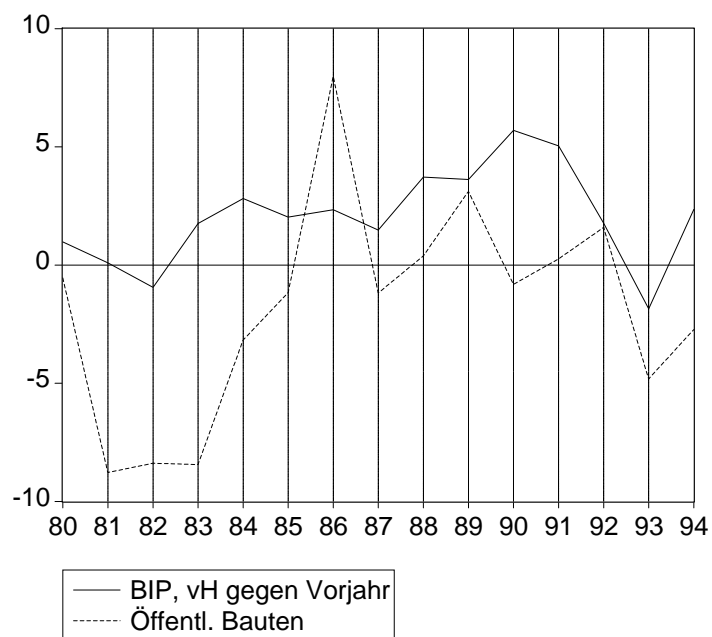


Abb.7: Zuwachsraten von BIP und öffentlichen
Bauinvestitionen gegen Vorjahr (1980-1994)



Während die öffentliche Bautätigkeit 1961-67 und 1979-89 die konjunkturellen Schwankungen prozyklisch verstärkt hat⁷, muß für die Periode der antizyklischen Konjunktursteuerung (1968-78) eine leicht beruhigende Wirkung der öffentlichen Bautätigkeit auf die Schwankungen der gesamten Bauinvestitionen wie auch auf die des BIP attestiert werden.

Die Entwicklung in der Periode 1972-1976 zeigt exemplarisch, daß eine antizyklische Steuerung allein mit den öffentlichen Bauten wegen ihres geringen BIP-Anteils nicht hinreichend ist. In jedem Fall ist dem politischen System in dieser Periode eine niemals für möglich gehaltene Fähigkeit zur konjunkturpolitisch verantwortlichen Variation der Investitionsausgaben zu bescheinigen. In jedem einzelnen Jahr konnte gegen die Entwicklung der 'privaten' Bauinvestitionen gehalten werden (Tab. 3). Eine durchschlagende Verstetigungswirkung konnte dennoch nicht erreicht werden. Wegen der beträchtlichen Schwankungen der privaten Bauinvestitionen konnten die gesamten Bauinvestitionen nicht in die Nähe des BIP-Pfades geführt werden.⁸

Tab.3: Zuwachsraten des BIP sowie der privaten und der öffentlichen Bauinvestitionen gegen Vorjahr (1972-1976)

	Gesamte Bauinv.	Private Bauinv.	Öffentliche Bauinv.	BIP
1972	5,4	8,3	-3,6	4,3
1973	-0,2	0,2	-1,7	4,8
1974	-9,2	-13,5	6,9	0,2
1975	-7,7	-9,5	-2,3	-1,3
1976	2,2	4,1	-3,2	5,3

Aus den damaligen Erfahrungen muß die Folgerung gezogen werden, daß die antizyklische Variation der öffentlichen Investitionsausgaben bei heftigen Konjunkturreinbrüchen nicht mehr als ein Teil eines finanzpolitischen Maßnahmenbündels sein kann. Angesichts der unzureichenden Treffsicherheit von Konjunkturprognosen erscheint eine mittelfristige Verstetigung der öffentlichen Investitionsausgaben anstelle einer antizyklischen Variation angemessen. Wegen der abnehmenden Konjunkturreagibilität der gewerblichen Bauinvestitionen stehen die Chancen für eine Verstetigung der gesamten Bauinvestitionen gut. Neben den öffentlichen Bauinvestitionen müßten zu diesem Zweck allerdings auch die Wohnungsbauinvestitionen verstetigt werden, weil der Verlauf der mehrjährigen Zyklen der gesamten Bauinvestitionen wesentlich von den Wohn-

⁷ Als konjunkturpolitisch unverantwortlich müssen insbesondere die Rückgänge der öffentlichen Bautätigkeit in den Jahren 1967 sowie 1981/82 bezeichnet werden.

⁸ Der Gegenstoß von 1974 mit immerhin 6,9 vH Wachstum der öffentlichen Bauinvestitionen war bei weitem noch nicht hinreichend - die öffentlichen Bauten hätten im Durchschnitt dieses Jahres um 50,8 vH zunehmen müssen, damit das Niveau der gesamten Bauinvestitionen vom Vorjahr auch nur hätte gehalten werden können.

bauten bestimmt wird. Der Staat sollte die Verantwortung einer konjunkturgerechten Handhabung der Instrumente der Wohnungsbauförderung annehmen.

IV. Ausgabenverhalten der föderalen Ebenen

Tab.4: Anteile der föderalen Ebenen
an den öffentlichen Bauinvestitionen (1960-1994)

	Anteile in vH
Gemeinden	0,66
Länder	0,17
Bund	0,15
Sozialversicherung	0,02

Die Anteile von Gemeinden, Ländern und Bund an den gesamten Ausgaben sind im Betrachtungszeitraum außerordentlich stabil. Der Anteil der Gemeinden beträgt etwa zwei Drittel. Daher ist ihr Ausgabeverhalten ausschlaggebend für die Entwicklung des gesamten Aggregats.

Abb. 8, Abb. 9 und Tab. 5 (Korrelationskoeffizienten) geben eine Übersicht über die Verantwortung der föderalen Ebenen für die Entwicklung in den einzelnen Phasen. Von 1971-78 haben die Ausgaben des Bundes antizyklisch gewirkt. Für die Ausgaben der Länder und Gemeinden sind antizyklische Wirkungen dagegen nur mit Abstrichen auszumachen. So haben die Rückgänge ihrer Investitionsausgaben in den Jahren 1975 und 1977 die Abschwungtendenzen jeweils verstärkt.

Die starken Rückgänge der Ausgaben 1980-83 sind überproportional den Gemeinden zuzuordnen. Auch die Ausgaben von Bund und Ländern verliefen zunächst abgekoppelt von der BIP-Entwicklung. Von 1985 bis 1989 haben sich die Ausgaben der föderalen Ebenen wieder vergleichsweise parallel entwickelt, aber auch in erheblichem Maße prozyklisch.

Von 1989 bis 1992 war die Gesamtentwicklung wie auch die Entwicklung der gemeindlichen Ausgaben nahezu konjunktunneutral - es war kaum Bewegung in dem Aggregat festzustellen. Bund und Länder sind jedoch schon 1992 ausgeschert. Nur die Ausgaben des Bundes haben der beginnenden Rezession zunächst entgegengewirkt. Der starke Rückgang der Ausgaben des Bundes auf dem Höhepunkt der Rezession 1993 kam zur Unzeit. Bei aller Instabilität der Entwicklung zeichnet sich inzwischen doch ab, daß in Westdeutschland der Bund mehr als in der Vergangenheit für die unstetige Verausgabung von investiven Mittel verantwortlich zu machen ist.

Tab.5: Korrelation zwischen BIP und öffentlichen Bauinvestitionen
 - Korrelationskoeffizienten der Zuwachsraten gegen Vorjahr -

	Gemeinden		Länder		Bund	
	lag	lead	lag	lead	lag	lead
1961-1967						
0 Jahre	0,78	0,78	0,76	0,76	-0,20	-0,20
1 Jahr	0,47	-0,07	0,48	-0,05	0,57	-0,53
2 Jahre	0,23	-0,17	0,20	-0,15	0,60	0,12
1968-1978						
0 Jahre	0,38	0,38	0,12	0,12	-0,07	-0,07
1 Jahr	0,14	0,46	-0,26	0,56	0,29	0,42
2 Jahre	0,39	0,48	0,21	0,08	0,41	0,11
1979-1989						
0 Jahre	0,65	0,65	0,21	0,21	0,51	0,51
1 Jahr	0,03	0,69	0,17	0,13	0,55	-0,13
2 Jahre	-0,07	0,26	0,27	-0,08	0,37	-0,50
1990-1994						
0 Jahre	0,73	0,73	0,34	0,34	0,19	0,19
1 Jahr	-0,32	0,65	0,76	-0,28	-0,59	0,47
2 Jahre	-0,32	-0,04	-0,21	-0,40	0,07	0,26

Abb.8: Zuwachsraten der Bauinvestitionen gegen Vorjahr nach föderalen Ebenen (1961-1979)

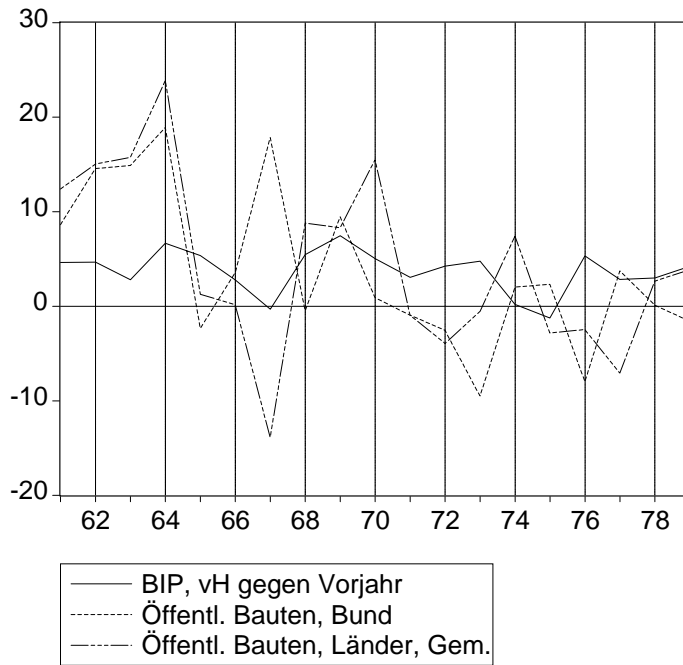
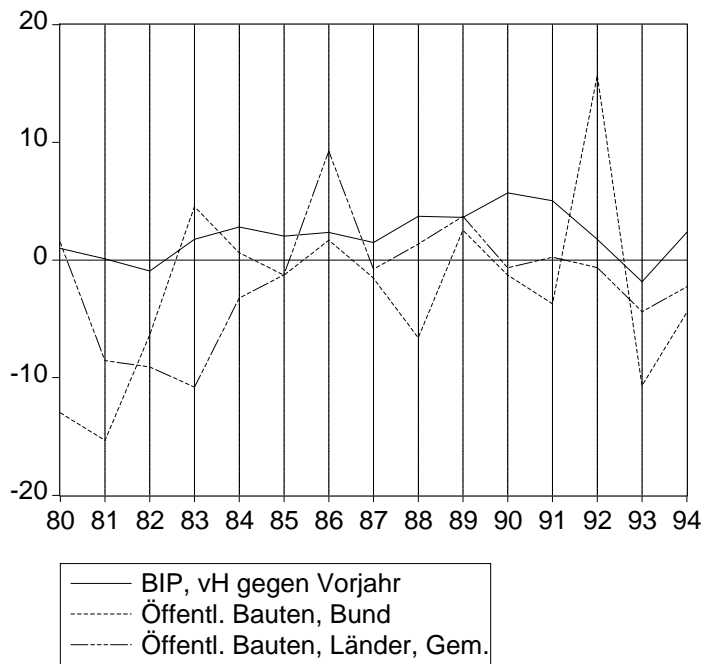


Abb.9: Zuwachsraten der Bauinvestitionen gegen Vorjahr nach föderalen Ebenen (1980-1994)



V. Öffentliche Anlageinvestitionen nach Aufgabenbereichen

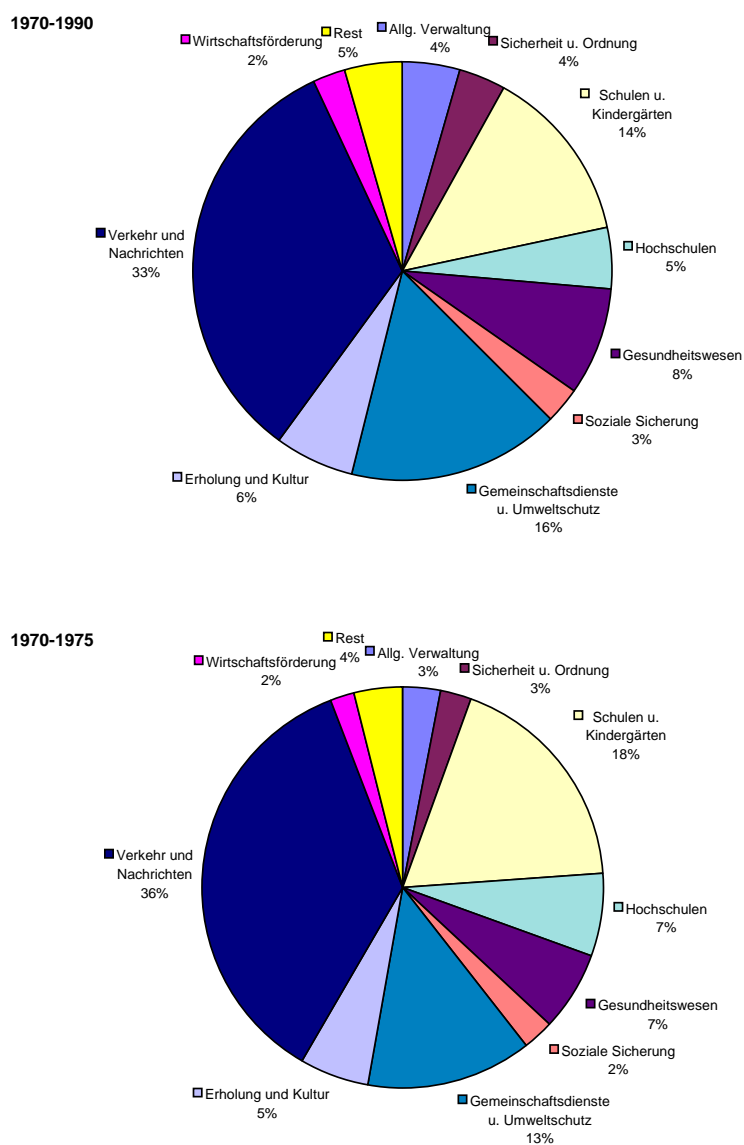
Tab.6: Öffentliche Anlageinvestitionen nach Aufgabenbereichen:
langfristige Entwicklung der Zuwachsraten gegen Vorjahr (1970-1990)

	BIP	Schulen, Kinder- gärten	Gesundheit	Gemeinschafts- dienste, Umweltschutz	Verkehr, Nachrichten
langfr. Mittel	2,5	-3,8	0,8	1,9	-2,6
Standard- abweichung	2,0	8,8	5,1	7,9	4,8
Maximum	5,7	11,0	12,0	13,7	5,3
Minimum	-1,3	-21,3	-6,1	-12,5	-13,2

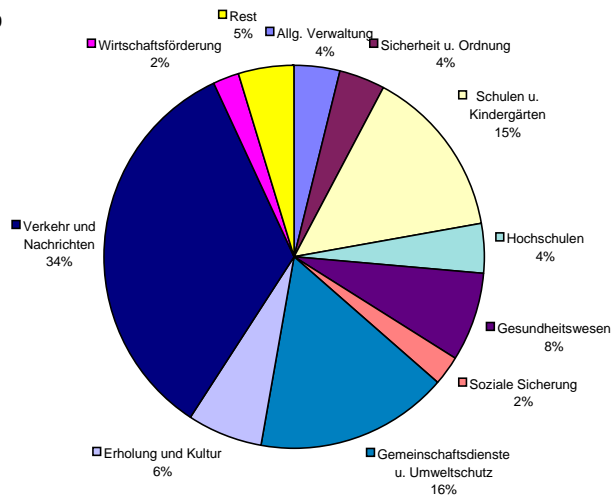
Die öffentlichen Anlageinvestitionen zeigen in einer langfristigen preisbereinigten Betrachtung eine rückläufige Tendenz. Während der 70er Jahre blieb das Ausgabenniveau unter heftigen Schwanken im mittelfristigen Trend stabil. Es lag in dieser Dekade bei etwa 70 Mrd. Mark in Preisen von 1991. Erst in den Jahren 1981 bis 1983 gingen die Ausgaben erheblich zurück. Auf dem ermäßigten Niveau haben sie sich dann zunächst stabilisiert, doch lagen die öffentlichen Anlageinvestitionen im Jahr 1984 schließlich um 25 vH unter dem preisbereinigten Mittelwert der 70er Jahre. 1986 setzte zwar wieder ein Trendwachstum ein, doch lag der preisbereinigte Mittelwert der Jahre 1986-90 erst bei 58 Mrd. Mark (83 vH des Mittelwertes der 70er Jahre). Das neuerliche Wachstum ist den Zuwächsen im Bereich Gemeinschaftsdienste / Umweltschutz geschuldet. Von den Rückgängen der frühen 80er Jahre besonders betroffen waren die Bereiche Schulen / Kindergärten sowie Verkehr / Nachrichten. Doch sind die Ausgaben in diesen Bereichen von 1984 bis 1990 nicht weiter gefallen. Tab. 6 zeigt, daß das BIP sich weit stetiger entwickelt hat als wichtige Bereiche der öffentlichen Anlageinvestitionen. Der Bereich **Schulen / Kindergärten** weist die höchste Standardabweichung unter allen Aufgabenbereichen auf. Da die Ausgaben in diesem Bereich zum größten Teil von den Gemeinden vorgenommen werden, kann diese bedenklich ausgeprägte prozyklische Entwicklung mit deren wenig konjunkturgerechter Führung ihrer Investitionshaushalte erklärt werden. Die Ausgaben im **Gesundheitsbereich** sind bis 1982 im Trend gestiegen, danach setzte ein leichter trendmäßiger Rückgang ein, doch blieb das Ausgabenniveau über die zwei Jahrzehnte 1970-90 vergleichsweise stabil. Die Ausgaben im Bereich **Gemeinschaftsdienste / Umweltschutz** haben im langfristigen Trend zugenommen, wenn auch unter ebenso heftigen Schwankungen wie im Bereich Schulen / Kin-

dergärten. Ein erster Höhepunkt der Ausgaben wurde im Jahr 1980 erreicht. Sie wurden dann noch unter der sozialliberalen Koalition erheblich zurückgenommen. Nach den Rückgängen besonders der Jahre 1981-83 (-11,1 / -12,5 / -6,3 vH gegenüber -9,4 / -8,7 / -7,6 vH bei den gesamten öffentlichen Anlageinvestitionen), waren von 1985 bis 1990 dann wieder Zuwächse zu beobachten, die deutlich über den Zuwachsraten der gesamten öffentlichen Anlageinvestitionen lagen. Wegen seiner heftigen Schwankungen und seines langfristig wachsenden Anteils wird der Bereich Gemeinschaftsdienste / Umweltschutz mehr und mehr bestimmend für die Gesamtentwicklung der öffentlichen Anlageinvestitionen.

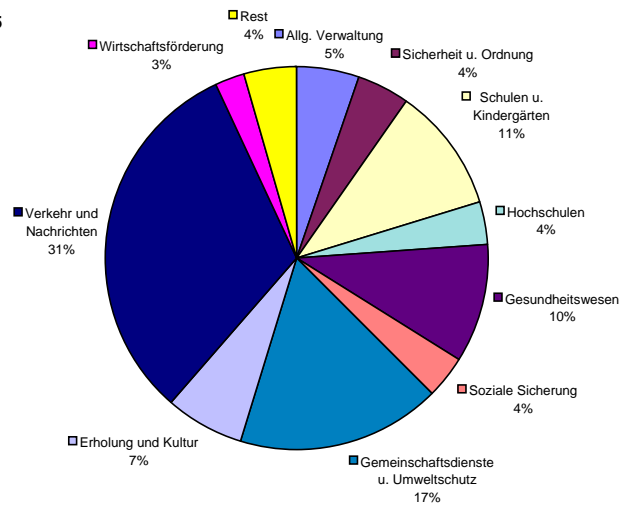
Abb.10: Anteile der Aufgabenbereiche an den öffentlichen Anlageinvestitionen (verschiedene Zeiträume)



1976-1980



1981-1985



1986-1990

